

# **Sitzungsunterlagen**

**Öffentliche Sicherheit AÖS - 10/2023-2027**

**02.12.2025, 16:00**

**Stadt Bremerhaven**



**Tagesordnung für die 10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 02.12.2025**

**Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	<b>Bereich Polizei und Feuerwehr</b>	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit vom 16.09.2025	I/XI 10/2025
2.2	Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV	I/XI 11/2025
3	<b>Bereich Polizei</b>	
3.1	Anfragen	
3.2	Anträge	
3.3	Stellenhebungen im Bereich Polizei	I 14/2025
3.4	Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2026/2027	I 15/2025
3.5	Mündlicher Bericht zur Istanbul Konvention - Johanna Knoop	
3.6	Verschiedenes Polizei	
4	<b>Bereich Katastrophenschutz</b>	
4.1	Anfragen	
4.2	Anträge	
4.3	5-Jahres-Plan - Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz	KatS - I 8/2025
4.4	Stand Sirenenalarmierung (Vortrag)	

4.5	Verschiedenes Katastrophenschutz	
5	<b>Bereich Feuerwehr</b>	
5.1	Anfragen	
5.2	Anträge	
5.3	Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Übersee- hafen	XI 14/2025
5.4	Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Re- gionaleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS). Aktuelle Berichte mit Leit- stellenbezug (KMS, SNA, Telenotarzt).	XI 15/2025
5.5	Verschiedenes Feuerwehr	

<b>Vorlage Nr. I/XI 10/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 6

**Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit vom 16.09.2025**

Die Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 16.09.2025 ist zu genehmigen.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Niederschrift  
Anlage: Präsentation OPB zum gemeinsamen Bericht zur Sail 2025  
Anlage: Präsentation zum Vortrag „Häusliche Gewalt“  
Anlage: Präsentation zum Vortrag Demokratiearbeit der OPB  
Anlage: Präsentation zum Vortrag Taser  
Anlage: Präsentation zum Bericht Neubau FRW Überseehafen



# N i e d e r s c h r i f t

## über die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 16.09.2025

---

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 18:08 Uhr

### Teilnehmer/innen:

Herr Oberbürgermeister Grantz

Herr Stadtrat Skusa

#### **SPD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Batz

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Ofcarek

#### **CDU-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Frau Stadtverordnete Milch

Frau Stadtverordnete Steinbach

#### **Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P**

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

#### **BD-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Entschuldigt

#### **WfB-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Baltrusch

#### **FDP-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Freemann

#### **Fraktion DIE MÖWEN**

Herr Stadtverordneter Secci

#### **AfD-Gruppe**

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

### **Weitere Teilnehmer:**

Direktor Ortschaftsbehörde:

Bürger- und Ordnungsamt:

Feuerwehr:

Herr Ortgies

Herr Herbrig

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

## **1. Einwohnerfragestunde**

Keine.

## **2. Bereich Polizei und Feuerwehr**

### **2.1. Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.06.2025** **I/XI 6/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

### **2.2. Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2026** **I/XI 8/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

### **2.3. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV** **I/XI 7/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

### **2.4. Gemeinsamer mündl. Bericht zur Sail 2025**

Herr Jürgewitz befürchtet, dass in der Zukunft die größte Bedrohungslage die Drohne sein wird und möchte wissen, wie die Vorstellung ist, wenn solche Szenarien eintreten, Veranstaltungen dieser Art zukünftig durchzuführen. Herr OB Grantz setzt darauf, dass das Landespolizeigesetz entsprechend angepasst wird, um unberechtigte Drohnenflüge unterbinden zu können.

Seitens des Migrationsrates möchte Herr Ionescu wissen, wie die Verständigung mit Besuchern, die nicht deutschsprachig sind, verlief. Herr Ortgies erklärt hierzu, dass sich die Einsatzkräfte diesbezüglich nicht vorbereiten, da die Einsatzkräfte ständig mit diesem Phänomen umgehen. Mit Händen und Füßen und einem Google Übersetzer funktioniert eine gute Kommunikation problemlos.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den gemeinsamen Bericht zur Sail 2025 zur Kenntnis.

## **3. Bereich Polizei**

### **3.1. Anfragen**

#### **3.1.1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/SIE GRÜNE + P zum Thema "Größerer Rattenbefall im Stadtnorden" mit Beantwortung** **I 13/2025**

Herr Baumann-Duderstaedt richtet seine Frage an Herrn Herbrig, ob er eine Möglichkeit sieht, die betroffenen Bewohner zusätzlich über präventive Maßnahmen zu informieren, und ob der Magistrat weitere vorbeugende Maßnahmen vornehmen kann? Herr Herbrig erklärt, dass das Land dabei ist, eine Rattenbekämpfungsverordnung zu initiieren, in dem die eben genannten Punkte aufgeführt werden sollen, wie z. B. präventive Maßnahmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

**3.1.2. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/SIE GRÜNEN + P zum Thema Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen** **I 12/2025**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.1.3. Beantwortung der Anfrage "Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)"** **I 10/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

**3.2. Anträge**

Keine.

**3.3. Bericht zur Lagedarstellung zum Thema "Häusliche Gewalt" (Benjamin Siebert)** **I 11/2025**

Herr Freemann möchte wissen, wie festzustellen ist, dass in einer Familie häusliche Gewalt stattfindet? Liegt es am Anzeigeverhalten oder an der Aufmerksamkeit in der Nachbarschaft? Herr Siebert antwortet, dass die Sensibilität in der Bevölkerung für dieses Thema viel größer geworden ist und dadurch auch die Anzeigebereitschaft gestiegen ist. Darüber hinaus möchte Herr Freemann wissen, in welchen Stadtteilen sich die genannten Fälle überwiegend abspielen. Herr Siebert erklärt, dass wir eine hohe Betroffenheit in den Stadtteilen Twischkamp, Klushof, Geestendorf und Grünhöfe haben. Das sind jedoch auch dichtbewohnte Gebiete und weisen daher höhere Fallzahlen auf.

Herr Ofcarek möchte wissen, inwieweit Kinder betroffen sind. Die Betroffenheit von Kindern ist gegeben, aber sie ist im Kontext Häusliche Gewalt prozentual sehr gering, erklärt Herr Siebert.

Herr Jürgewitz fragt, ob die genannten Fälle auch alle bei der Staatsanwaltschaft ankommen und wie viele davon dann vor Gericht landen. Herr Siebert erklärt, dass alle Fälle bzw. Straftaten an die Staatsanwaltschaft übermittelt werden. Wie viele dann zum Gericht gehen bzw. wie hoch die Anklagequote ist, kann von Seiten der Polizei aus nicht beantwortet werden.

Darüber hinaus möchte er wissen, ob die genannten 3% (Vergewaltigungen) ein Bundestrend sind. Hier weist Herr Siebert darauf hin, dass diese Zahlen keinen realistischen Wert darstellen, da im Bereich häuslicher Gewalt immer noch ein hohes Dunkelfeld vorhanden ist und nur ca. 20 % aller Fälle zur Anzeige gebracht werden.

Her Grantz bedankt sich bei Herr Siebert und kündigt gleichzeitig eine Fortsetzung des Themas Istanbul Konvention in der nächsten Sitzung an.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**3.4. Vorstellung Demokratiearbeit der OPB (Vortrag Marc Tiedemann)**

Herr Tiedemann stellt dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit die Strategie und die Maßnahmen zur Demokratiearbeit der Ortspolizeibehörde Bremerhaven anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

### **3.5. Mündlicher Bericht zum Sachstand Taser (Herr Ortgies)**

Herr Ortgies berichtet anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand Taser (DEIG).

Herr Grantz bedankt sich bei Herrn Ortgies für seinen Bericht und betont die Wichtigkeit dieses Einsatzmittels und verbunden damit auch die Vernetzung des Tasers und der Bodycam miteinander.

Herr Ofcarek sieht hier seitens der Politik die Pflicht, die Neu-Beschaffungen des Tasers und der Bodycam zu unterstützen. Er richtet die Frage an Herrn Ortgies, wie oft durch den Einsatz des Tasers der Schusswaffengebrauch verhindert wurde. Herr Ortgies antwortet, dass lt. Einsatzberichten Fälle aufgezeigt waren, in denen Kolleginnen und Kollegen mit Cuttermessern, mit einer Machete oder andere Messer angegriffen wurden. Es ist jedoch spekulativ, ob in diesen Fällen ohne die Ausstattung mit dem Taser die Schusswaffe eingesetzt worden wäre.

Weiterhin wird gefragt, wie hoch die Kosten des Modellwechsels sind und wieviel Stück angeschafft werden müssten, damit die OPB gut aufgestellt ist. Herr Ortgies antwortet, dass eine Anschaffung von ca. 20 Tasern zu einer guten Ausstattung führen würde und die Aus- und Fortbildung ebenfalls berücksichtigt werden muss. Was die Kosten betrifft, kann nicht nur auf die Anschaffungskosten geschaut werden, denn damit verbunden sind auch Lizenzkosten, die zurzeit noch verhandelt werden. Bei einer Finanzierung über 5 Jahre liegen wir im mittleren 5-stelligen Bereich pro Jahr, was für die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen nicht zu viel sein sollte.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **3.6. Verschiedenes Polizei**

Keine Wortmeldungen.



#### **4. Bereich Katastrophenschutz**

##### **4.1. Anträge**

Keine.

##### **4.2. Anfragen**

Keine Anfragen.

##### **4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz, "5 Jahres Planung**

**KatS - I  
6/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

##### **4.4. Verschiedenes Katastrophenschutz**

Mündlicher Bericht, Herr Cordes, Resümee zum Warntag am 11.09.2025

- Die lokal ausgelösten Warnmittel funktionieren zuverlässig.
- Keine negativen Rückmeldungen

##### **2. Ausbaustufe des Sirenenausbaus:**

- aktuell 16 stationäre (1.Phase) und zwei (2) mobile Sirenen nutzbar
- Ausbau auf insgesamt 32stationäre Sirenen
- Drei Sirenen der 2. Ausbaustufe sind zwar inzwischen aufgebaut worden (Standorte: KBR, FBG und FF Weddewarden), aber nicht nutzbar, da hierzu die notwendigen Schaltschränke fehlen. Die restlichen Sirenen der 2. Ausbaustufe liegen seit einigen Monaten auf der zentralen Feuerwache und wartet darauf, ebenfalls aufgebaut zu werden. Die Errichter Firma verschiebt hierzu jedoch immer wieder die Termine.
- Auf Grund dessen, dass seit über einem Jahr die 2. Ausbaustufe des Sirennetzes nicht umgesetzt wird, ist es nun beabsichtigt, ein Schreiben an die Geschäftsführung der Firma aufzusetzen und die Dringlichkeit der Umsetzung hinzuweisen. Auf Grund der Fördervorgaben, sind wir in Bremerhaven auf einen Projektabschluss inkl. Abrechnung bis zum 10.12.2025 angewiesen. Das Schreiben soll von Melf Grantz, Peter Skusa und Jens Cordes unterschrieben werden.
- Nach erneuter telefonischer Nachfrage wurde die Feuerwehr heute informiert, dass nächste Woche zwei weitere Sirenenmontagen geplant sind (Bismarckstr. 46 und Augspurgstr. 12)

#### **5.1. Bereich Feuerwehr**

##### **5.2. Anfragen**

Keine Anfragen.

##### **5.3. Anträge**

Keine.

**5.4. Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)**

**XI 11/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

**5.5. FRW Überseehafen.**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

**5.6. Sachstandsbericht Neuaufstellung wasserseitiger Brandschutz.**

**XI 13/2025**

Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Entwurf

Vorsitzender Bereich Polizei

---

Grantz  
Oberbürgermeister

Vorsitzender Bereich Feuerwehr

---

Skusa  
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Polizei

---

Berndt

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

---

Schmonsees

Entwurf



## Sail 2025

Sicherheitsmaßnahmen und Bewertung

[www.polizei.bremerhaven.de](http://www.polizei.bremerhaven.de) [www.twitter.com/PolizeiBHV](https://www.twitter.com/PolizeiBHV) [www.facebook.com/PolizeiBHV](https://www.facebook.com/PolizeiBHV)

### Sicherheitsmaßnahmen



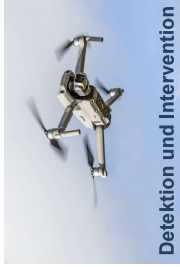
Präsenz



Videoüberwachung



Schutz vor Überfahrten

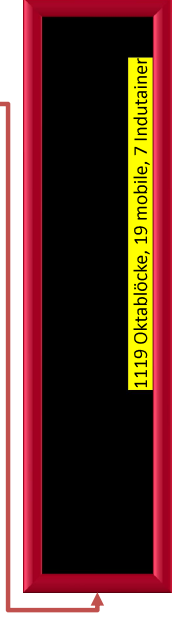


Detektion und Intervention

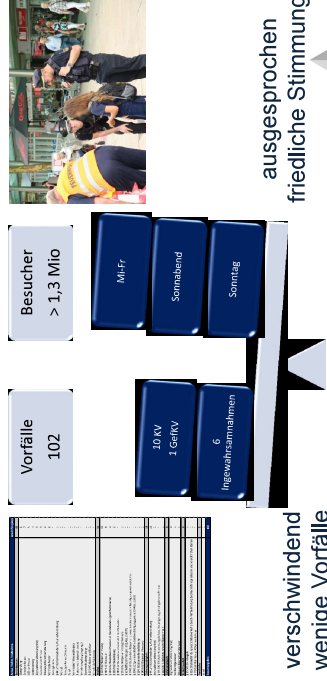
### Zufahrtsschutzkonzept



- Aussagen zu:
- Welche Sperren gibt es?
  - Was ist zu beachten?
  - Was „können“ Sperren?
  - Wo sind sie zu positionieren?



### Sicherheitslage - Bilanz



### Herausforderungen



### Ausblick

- Problematische Verkehrssituationen
- Crowdmanagement
- Sicherheitslage



verschwindend wenige Vorfälle



# Ortspolizeibehörde Bremerhaven

[www.polizei.bremerhaven.de](http://www.polizei.bremerhaven.de) [www.twitter.com/PolizeiBV](https://www.twitter.com/PolizeiBV) [www.facebook.com/PolizeiBremerhaven](https://www.facebook.com/PolizeiBremerhaven)

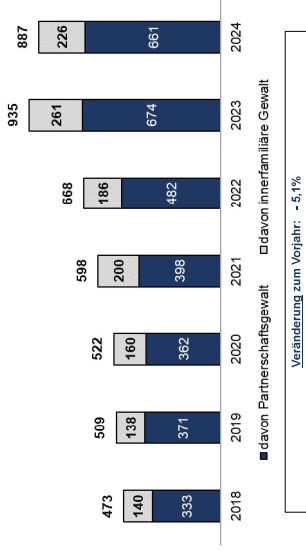


Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Ausschuss Öffentliche Sicherheit

Ausschuss für öffentliche Sicherheit  
16.09.2025

Beitrag der OPB zum Thema  
der häuslichen Gewalt

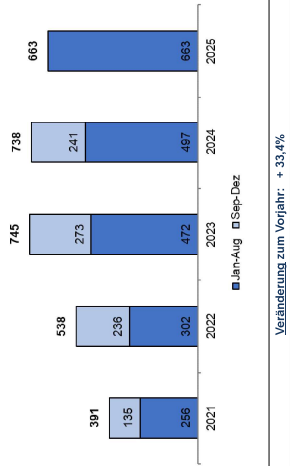
## Häusliche Gewalt Entwicklung der Fallzahlen



Quelle: PKS



## Häusliche Gewalt Entwicklung der Fallzahlen

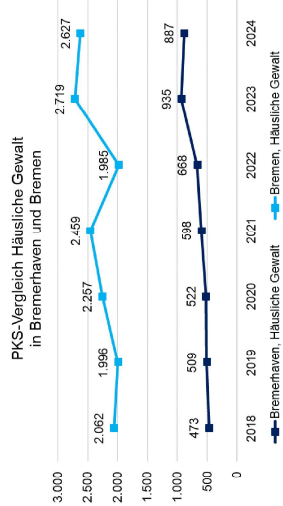


Quelle: VBS @rtus



Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Ausschuss Öffentliche Sicherheit

## Häusliche Gewalt Stadtvergleich

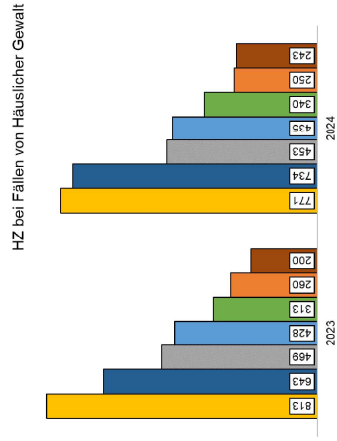


Quelle: PKS



Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Ausschuss Öffentliche Sicherheit

## Häusliche Gewalt Stadtvergleich

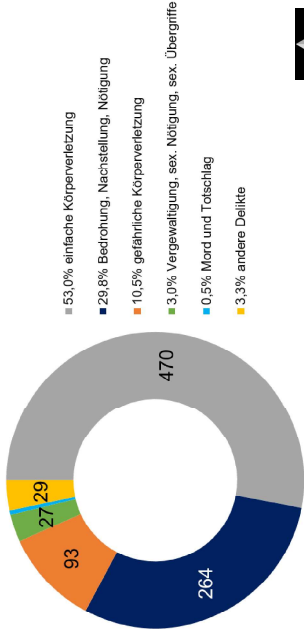


Quelle: PKS



Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Ausschuss Öffentliche Sicherheit

## Häusliche Gewalt Deliktische Verteilung - 2024

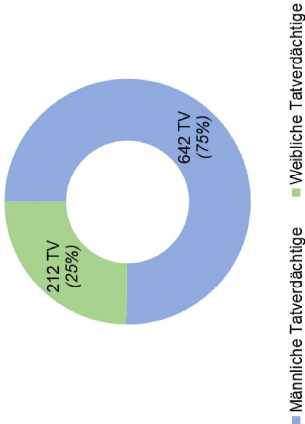


Quelle: PKS



Originaldatensatz: Bundespolizei - Auswärtiges Amt

## Häusliche Gewalt Täterspezifik - 2024

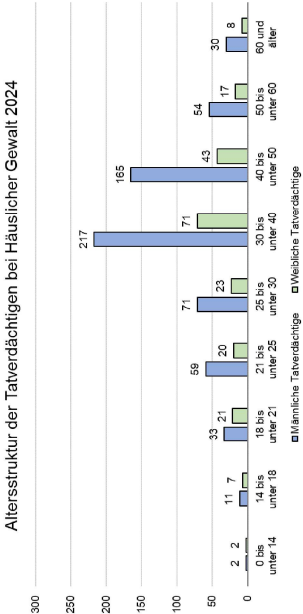


Quelle: PKS



Originaldatensatz: Bundespolizei - Auswärtiges Amt

## Häusliche Gewalt Täterspezifik - 2024

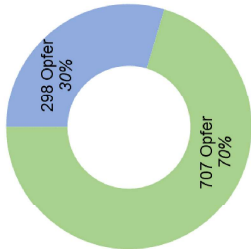


Quelle: PKS



Originaldatensatz: Bundespolizei - Auswärtiges Amt

## Häusliche Gewalt Opferspezifik - 2024



Quelle: PKS



Originaldatensatz: Bundespolizei - Auswärtiges Amt



Vielen Dank

www.polizei.bayern.de

www.kultur.com/polizei

www.facebook.com/polizei.bayern



## Ortspolizeibehörde Bremerhaven

www.polizei.bremerhaven.de

www.facebook.com/PolizeiBremerhaven

www.instagram.com/PolizeiBHV



www.youtube.com/PolizeiBHV



www.bremerhaven.de



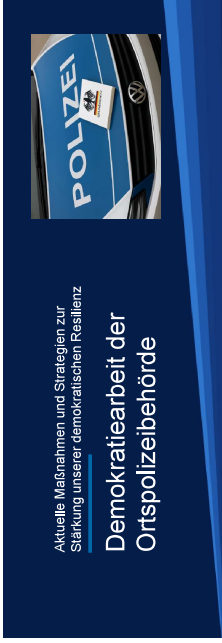
18.03.2025 - Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratische Resilienz - Referent: LPT-Markus Tiedemann



18.03.2025 - Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratische Resilienz - Referent: LPT-Markus Tiedemann

### Warum Demokratietarbeit als Polizei?

- Vertrauen sichern – Grundlage polizeilichen Handelns
- Extremismus vorbeugen – innen wie außen
- Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- Handlungsfähigkeit in Krisen bewahren



### Grundlage

- Rolle und Selbstverständnis der Polizei
- Gesellschaftliche Entwicklungen
- 11-Punkte-Plan (SIS)
- Leitlinien der OPB



Strategische Eckpunkte zur Polizeiarbeit für  
einzelne Polizeibehörden und die Behörden  
des Polizeilagerbundes im Land Bremen

18.03.2025

18.03.2025 - Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratische Resilienz - Referent: LPT-Markus Tiedemann



### Maßnahmen der Ortspolizeibehörde

- Wertebasierte Organisationskultur
- Umsetzung 11-Punkte-Plan
- Fortbildung & Sensibilisierung
- Kooperationen & Zusammenarbeit



am Freitag, 15. Oktober - dem Reichstagsfest - Tag der  
Demokratie - geben wir uns das Versprechen:  
Demokratie lebt - von Ritschchen!

SAVE THE DATE  
15. Oktober 2025

Es ist nicht alles, was es scheint...

„Demokratie lebt nicht allein aus dem Willen, die  
Verfassung und die Gesetze zu befolgen, sondern  
aus der Bereitschaft, die Verantwortung zu übernehmen.“  
- Prof. Dr. Ingrid Isenhardt -

#DemokratiTEAM



18.03.2025 - Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratische Resilienz - Referent: LPT-Markus Tiedemann

- Vorstand: u.a. Prof. Dr. Dr. Voßkuhle
- Projekt: „Demokratiestarke Polizei“
- Ziele: Strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit durch die Ausbildung von Demokratiepat:innen in mehreren Länderpolizeien
- „Strategiepat:innen für Demokratie“

# FREUNDE HELPER

## Straßenkämpfer

Im Polizeimuseum  
Neuerburg Regensburg

© 1974 Hans Gericke

Eine Uniformen, bürgerliche Polizei zu sein – auch heute gilt das Ideal der Wiener Republik (1818-1938).  
 1933, als die Weimarer Republik in der politischen Krise stand, wurde die Polizei in der Reichswehr aufgeführt. Die Weimarer Republik wurde durch die Nationalsozialisten aus der Geschichte gestrichen. Die junge Demokratie, die Polizei und die Gewalt gehörten und ist nicht selten die Ursache für die Verdrängung der Weimarer Republik.  
 Diese Dinge sind heute noch relevant.

# am 09.10.2025 Veranstaltungsöffnung

Wanderausstellung  
 10. Oktober 2025 bis 1. Februar 2026  
**HISTORISCHES MUSEUM BREMENHAVEN**

Kontakt

HISTORISCHES MUSEUM BREMENHAVEN

An der Gasse

23750 Bremen-Haven

Telefon: 0421 355 10-10

Website: [www.historisches-museum-bremen-haven.de](http://www.historisches-museum-bremen-haven.de)

E-Mail: [info@historisches-museum-bremen-haven.de](mailto:info@historisches-museum-bremen-haven.de)

HISTORISCHES  
MUSEUM  
BREMENHAVEN

Eine Wanderausstellung der Forschungsstelle für  
 Polizei- und Demokratieforschung / Historismus  
 Gesellschaft für Historische Museen

»Demokratie lebt nicht allein aus sich heraus, aus der Verfassung und aus geschriebenem Recht. Demokratie braucht Haltung und Engagement.«

- Frank-Walter Steinmeier -





## Ortspolizeibehörde Bremerhaven

[www.polizei.bremerhaven.de](http://www.polizei.bremerhaven.de) [www.twitter.com/PolizeiBH](https://www.twitter.com/PolizeiBH) [www.facebook.com/PolizeiBH](https://www.facebook.com/PolizeiBH)

### Gliederung

- Ausstattung
- Ausbildung
- Einsätze
- Ausblick



Ausschuss für öffentliche Sicherheit am 16.09.2025

### Sachstand DEIG

### Ausstattung

#### ➤ Grundausrüstung

- 9 DEIG – Taser X2
- Bodycam Netco



#### ➤ Herausforderungen

- DEIG und Bodycam nicht vernetzt
- Keine „Fahrzeugausrüstung“
- Erhebliche Aufwände i.R.d. Aus- und Fortbildung

### Ausbildung

#### ➤ DEIG-Träger:innen

- Speziell ausgebildete Einsatzkräfte
- mind. 12 Monate SB Einsatzdienst
- Grundausbildung – 2 Tage
- Jährliche Fortbildung

#### ➤ Gesamter Einsatzdienst

- Im Rahmen Dienstunterricht / P4
- Bestandteil der „integrierten Auf“

### Einsätze

#### ➤ Pilotphase (Nov. 2018 – Nov. 2020)

- Gesamt: 59
- Androhung 51
- **Kontaktmodus 3**
- **Distanzanwendung 5**



16.09.2025: Originaldokumente Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Detlev V. Meyer-Orgel



16.09.2025: Originaldokumente Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Detlev V. Meyer-Orgel



16.09.2025: Originaldokumente Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Detlev V. Meyer-Orgel



16.09.2025: Originaldokumente Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Detlev V. Meyer-Orgel

## Einsätze

## Einsätze

## Ausblick - Herausforderungen

### ➤ Nach Abschluss Pilotphase (ab Dez. 2020)

- Gesamt 62
- Androhung 56
- **Distanzanwendung 6**

### ➤ Derzeitiges Fazit

- Insgesamt 121 Einsätze des DEIG
- In ca. 89% der Fälle Androhung erfolgreich
- **Distanzanwendung lediglich in 11 Fällen (9%)**
- Abgesehen von leichten Läsionen keine weiteren durch das DEIG verursachte Verletzungen bei Betroffenen



13.03.2025 Originaldokumente bereitstellen - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Christian Müller-Ott



13.03.2025 Originaldokumente bereitstellen - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Christian Müller-Ott



13.03.2025 Originaldokumente bereitstellen - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Christian Müller-Ott

## Ausblick - Lösungen

- DEIG-Modellwechsel



- Bodycam Austausch



13.03.2025 Originaldokumente bereitstellen - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Christian Müller-Ott



13.03.2025 Originaldokumente bereitstellen - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Christian Müller-Ott



13.03.2025 Originaldokumente bereitstellen - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Christian Müller-Ott

FRAGEN?



## Brandschutzbedarfsplanung



Ausdehnung des Stadtgebietes und Ansiedlung Gewerbe/ Industrie, Hafengebiet  
→ Handlungsbedarf bei der Schutzzieleerreichung (Erreichungsgrad 66 %)

### Aktuelle Ausbausituation:

- Zentrale Feuerwache
- 2 Löschzüge → 1 Löschzug, 16 Funktionen (AGSF-Löschzug)
- Sondereinheiten, Techn. Hilfe, Wasserversorgung, Höhenrettung, Gefahrgut, Schiffsbrandbekämpfung, etc.
- Rettungsdienst (Rettungsbedarfsplan)

### Gutachten zum BBP (2015), 3. Wochen-Konzept mit Schwerpunktumbildung

- Weiterhin Nutzung der Zentralen Feuerwache (1980) sowie Einrichtung zwei weiterer Wachen (Norden/ Süden)
- Jede Wache: 10 Funktionen (Hilfsfrist 1: 8 Minuten)
- Weitere 6 Funktionen von der nächsten Wache (Hilfsfrist 2: 5 Minuten)

### → Nordwache: In Planung!

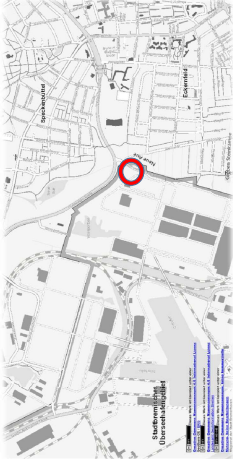
→ Südliche Grundstück mit ca. 10.000m² für FF Wulsdorf und Berufsfeuerwehr  
→ Sanierung der Zentralen Feuerwache (1980)

Feuerwehr Bremerhaven

feuerwehr@bremerhaven.de

16.09.2025

## Grundstück



Feuerwehr Bremerhaven

feuerwehr@bremerhaven.de

16.09.2025

## Herausforderungen



### Komplexe Aufgabenstellung aufgrund des Plangebietes und der örtlichen Zuständigkeiten

#### Spezielle Anforderungen an das Gebäude/ Grundstück:

- ✓ Feuerwehrbetrieb (Funktionalität/ Anforderungen)
- ✓ Klimaschutzstrategie: Klimaneutralität bis 2038
- ✓ Raumoptimierung: Flächenversiegelung/ -reduzierung
- ✓ Berücksichtigung Flora/ Fauna (Biodiversität)
- ✓ Fehlende Verkehrs- und Wegerschließung
- ✓ Fehlende Grundstückserschließung: Kanalisation, Wasser, Strom, Glasfaser, etc.

Feuerwehr Bremerhaven

feuerwehr@bremerhaven.de

16.09.2025

## Bauleitplanung/ Hochbauplanung



### Bauleitplanung:

- Plangebiet ca. 10.000 m² im Stadtbremischen Überseehafengebiet
- Naherholungsgebiet/ Grüngrünfeld Neue Grünfläche
- Änderung Flächennutzungsplan (Grünordnungsplan) und Aufstellung des Bebauungsplan
- Bauleitplanung seit 2022 (Aufstellung)
- Öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung im Oktober 2025 geplant
- März/ April 2026 Feststellungsbeschluss durch die Deputation geplant

→ Baugenehmigung im 1. Halbjahr 2026 möglich!

### Hochbauplanung:

- Nachhaltiges Gebäude- und Flächenkonzept
- Grundstücksfläche ca. 9.000m²
- 2 ½ geschossiges Gebäude mit 2.400 m²
- EG: 21 Funktionsräumen mit Lager-/ Funktionsräumen
- ZG: Technikräume/ Werkstätten
- OG: Büroräume, Aufenthalts-/ Ruhebereich
- Übungsturm, Ausbildungsfeld, Not-Landplatz
- Baugenehmigungs- / Fachplanung im 2. Halbjahr 25
- Einreichung des Bauantrags im 1. Quartal 26
- Baukostenabschätzung: 14,4 Mio. €
- Bremerhaven: 9 Mio. € Bremen: 5,4 Mio. €

Feuerwehr Bremerhaven

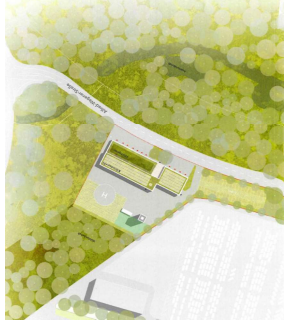
feuerwehr@bremerhaven.de

16.09.2025

## Lageplan



- Feuer- und Rettungswache:**
- 10 Funktionen Brandschutz/ Hilfeleistung mit 1 ELW, 1 HLF und 1 DLK
  - 4 Funktionen Rettungsdienst mit 2 RTW
  - 12 Fahrzeugstellplätze
  - Schwerpunkt wache für Sondereinheiten
    - Gefahrgut
    - Höhenrettung
    - Schiffsbrandbekämpfung
  - Ausbildungsfläche mit Übungsturm
  - Not-Landplatz für Hubschrauber

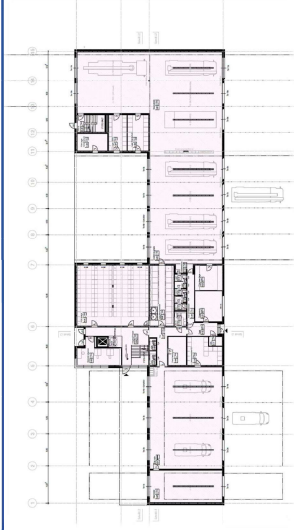


Feuerwehr Bremerhaven

feuerwehr@bremerhaven.de

16.09.2025

## Grundriss Erdgeschoss



Feuerwehr Bremerhaven

[feuerwehr.bremerhaven.de](http://feuerwehr.bremerhaven.de)

16.09.2025

## Grundriss Zwischengeschoss



Feuerwehr Bremerhaven

[feuerwehr.bremerhaven.de](http://feuerwehr.bremerhaven.de)

16.09.2025

## Grundriss Obergeschoss

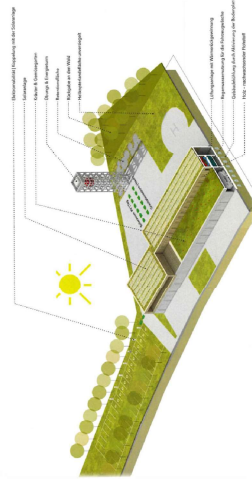


Feuerwehr Bremerhaven

[feuerwehr.bremerhaven.de](http://feuerwehr.bremerhaven.de)

16.09.2025

## Nachhaltigkeitskonzept



Feuerwehr Bremerhaven

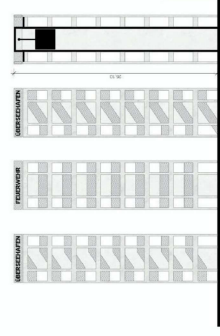
feue rvehr.bremgachaven.de

16.09.2025

## Übungs- und Energieturm



ÜBUNGS- &amp; ENERGIEURM (KONZEPTBETRACHTUNG)

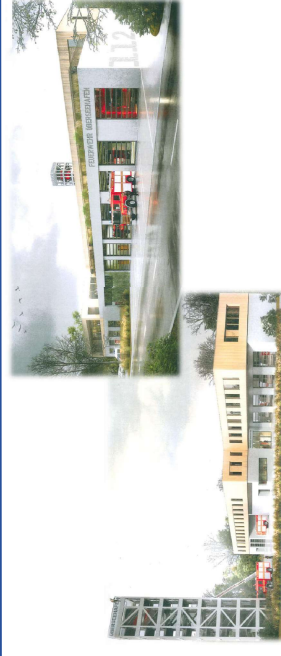


Feuerwehr Bremerhaven

feuerwehr.bremsehafen.de

16.09.2025

Haben sie noch Fragen...?



Feuerwehr Bremerhaven

feuerwehr.brammerhagen.de

16.09.2025

<b>Vorlage Nr. I/XI 11/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

#### **Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV**

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für öffentliche Sicherheit hat gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	16.11.2021	I 51/2021 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven"	einstimmig zugestimmt	Amt 37	teilweise offen	Fortlaufende Berichterstattung im Rahmen der „5-Jahres-Planung“.
2	14.06.2022	I 37/2022 - Umsetzung Sonderförderprogramm Sirenen, erfolgreiche Einwerbung weiterer Fördermittel durch die Ortskatastrophenschutzbehörde (Nachverdichtung städtischen Sirennennetz)	einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Erste Stufe flächendeckendes Sirennennetz ist fertiggestellt. 2. Stufe (Erweiterung auf 32 Sirenen) in der Umsetzung. Laufende Berichterstattung im AÖS
3	05.09.2022	I 55/2022 - Sachstandsbericht Projekt Telemedizin in der IRLS	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Laufende Berichterstattung im AÖS
4	11.12.2023	XI 14/2023 – Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Evaluierung Ende 2025
5	11.12.2023	XI 13/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Koordinierungsstelle psychosoziale Beratung"	mehrheitlich beschlossen	Amt 90 & Amt 37	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
6	11.12.2023	I 31/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP - Einstellung eines Volljuristen / einer Volljuristin bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven	mehrheitlich beschlossen	Amt 90	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
7	11.12.2023	I 32/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zur Ausstattung des Bürger- und Ordnungsamtes mit Bodycams	mehrheitlich beschlossen	Amt 91	offen	Der Senator für Inneres unterstützt nach der erneuten Begründung durch das Amt 91 nun eine Änderung des BremPolG und soll bei der nächsten anstehenden Novelle (voraussichtlich Frühjahr 2026) eingearbeitet werden.

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
8	11.12.2023	I 33/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Thema Kundenfreundlichkeit durch Abholschrank im Bürgerbüro Mitte	einstimmig beschlossen	Amt 91	offen	Markterkundung; organisatorische, technische und räumliche Umsetzung/ Grundsätzlich möglich lt. STÄWOG, aber Gebäude nicht 24/7 zugänglich. Finanzielle Mittel zur Umsetzung für 2025 vorgesehen. Durch die ab dem 01. Mai 2025 bestehende Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, den beantragten Reisepass und/oder den Personalausweis sich zur Wohnadresse senden zu lassen, wird empfohlen, das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Eine entsprechende Vorlage hinsichtlich des Versandes erfolgt zur ersten Sitzung des Jahres 2026.
9	17.09.2024	XI 11/2024 - Zukunftsfähige Organisationsanpassung der Feuerwehr	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Derzeit stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wieder aufgeführt.

<b>Vorlage Nr. I 14/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 4

## Stellenhebungen im Bereich Polizei

### A Problem

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin, der laut Beschluss des Bremer Senats vom 16.09.2025 auf den 31.12.2025 vorverlegt ist, 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt. Für Bremerhaven liegt eine Zustimmung des Senators für Inneres und Sport für Stellenhebungen im Umfang von 15 Stellen vor.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sind im laufenden Haushalt 14 Stellenhebungen in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt erforderlich. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen. Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.



Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die Hebung einer 15. Stelle (von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO) wird über einen Stellenplanantrag zum Haushalt 2026 eingebracht, da die Beförderungsfähigkeit für die infolge der Stellenhebung vorzunehmende Beförderung erst in 2026 eintritt.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

### **B Lösung**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Stellenhebungen von insgesamt 14 Stellen für das Haushaltsjahr 2025 im Bereich des Polizeivollzugsdienstes der Ortspolizeibehörde, davon

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

sowie die Hebung einer 15. Stelle (von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO) zum Haushaltsjahr 2026 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann. Sofern nicht eine annähernd vergleichbare Anzahl an Stellenhebungen bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven erreicht wird, würden die Polizeivollzugsbeamten dies als Schlechterstellung gegenüber den Bremer Kollegen empfinden. Zudem würde die Besoldungsstruktur des Polizeivollzugsdienstes im Lande Bremen unverhältnismäßig auseinanderdividieren.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Unter Vorbehalt des noch ausstehenden Landeshaushaltes ist vorgesehen, der Ortspolizeibehörde Landeshaushaltsmittel für die o. g. Stellenhebungen zur Verfügung zu stellen.

Die Auswahl für die im Zuge der Hebungen möglichen Beförderungen erfolgt gendergerecht.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen bestehen nicht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Eine Abstimmung mit dem Senator für Inneres ist erfolgt.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. / Nach Beschlussfassung für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

## **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Stellenhebungen von insgesamt 14 Stellen für das Haushaltsjahr 2025 im Bereich des Polizeivollzugsdienstes der Ortspolizeibehörde, davon

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

sowie die Hebung einer 15. Stelle (von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO) zum Haushaltsjahr 2026 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Anträge zum Stellenplan 2026/2027

A m t 11

## Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat    Ortspolizeibehörde  
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher                      A 09 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher        Polizei-/Kriminalkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="6"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/> )	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 10 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizei-/Kriminaloberkommissar:in	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

### Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)  
haushaltsneutral, weil: ☐

### Finanzierung:

Kommunal: ☐      durch Dritte: ☒

### Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:                      Land Bremen  
Finanzierungsanteil: ☐  
verbleibender kommunaler Anteil: ☐  
Einnahme-Haushaltsstelle: ☐

## **Begründung:**

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahngruppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

**Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: ☐ siehe Anlage)**

**Pflichtaufgabe:** ☐ Nein ☐ Ja - Rechtsgrundlage: ☐

☐

Dezernent/in

**M a g i s t r a t**  
**11**

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-  
und Organisations-  
ausschuss erforderlich

zurückgestellt  
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der  
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☐☐☐☐

Beschluss des Personal- und  
Organisationsausschusses

☐☐☐

A m t 11

## Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat      Ortspolizeibehörde  
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A 10 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher      Polizeiober-/Kriminaloberkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="5"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/> )	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 11 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizeihaupt-/Kriminalhauptkommissar:in	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

**Auswirkung auf den Personalhaushalt:**

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)  
haushaltsneutral, weil: ☐

### Finanzierung:

Kommunal: ☐ durch Dritte: ☒

### Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:	Land Bremen
Finanzierungsanteil:	<input type="checkbox"/>
verbleibender kommunaler Anteil:	<input type="checkbox"/>
Einnahme-Haushaltsstelle:	<input type="checkbox"/>

## **Begründung:**

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahngruppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

**Stellenbeschreibung (soweit erforderlich:** ☐ **siehe Anlage)**

**Pflichtaufgabe:** ☐ Nein ☐ Ja - Rechtsgrundlage: ☐

☐

Dezernent/in

**Fachausschuss:** Beschluss vom  (wird von Amt 11 ausgefüllt)

---

**M a g i s t r a t**  
**11**

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-  
und Organisations-  
ausschuss erforderlich

zurückgestellt  
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der  
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☐☐☐☐

Beschluss des Personal- und  
Organisationsausschusses

☐☐☐



## Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Funktionsbezeichnung bisher      Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in

Finanzierungsträger:	Land Bremen
Finanzierungsanteil:	<input type="checkbox"/>
verbleibender kommunaler Anteil:	<input type="checkbox"/>
Einnahme-Haushaltsstelle:	<input type="checkbox"/>

## **Begründung:**

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahngruppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

**Stellenbeschreibung (soweit erforderlich:** ☐ **siehe Anlage)**

**Pflichtaufgabe:** ☐ Nein ☐ Ja - Rechtsgrundlage: ☐

☐

Dezernent/in

**M a g i s t r a t**  
**11**

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-  
und Organisations-  
ausschuss erforderlich

zurückgestellt  
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der  
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☐☐☐☐

Beschluss des Personal- und  
Organisationsausschusses

☐☐☐

A m t 11

## Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat      Ortspolizeibehörde  
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A 13 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher Erster Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="1"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/> )	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 14 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizei-/Kriminaloberrat/-rätin	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

**Auswirkung auf den Personalhaushalt:**

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)  
haushaltsneutral, weil: ☐

### Finanzierung:

Kommunal: ☐ durch Dritte: ☒

### Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:	Land Bremen
Finanzierungsanteil:	<input type="checkbox"/>
verbleibender kommunaler Anteil:	<input type="checkbox"/>
Einnahme-Haushaltsstelle:	<input type="checkbox"/>

## **Begründung:**

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahngruppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

**Stellenbeschreibung (soweit erforderlich:** ☐ **siehe Anlage)**

**Pflichtaufgabe:** ☐ Nein ☐ Ja - Rechtsgrundlage: ☐

☐

Dezernent/in

**M a g i s t r a t**  
**11**

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-  
und Organisations-  
ausschuss erforderlich

zurückgestellt  
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der  
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

☐☐☐☐

Beschluss des Personal- und  
Organisationsausschusses

☐☐☐

<b>Vorlage Nr. I 15/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 1

## **Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2026/2027**

### **A Problem**

Seit 2017 haben sich die Einstellungszahlen der Polizeikommissaranwärter:innen pro Einstellungsjahrgang auf 35 erhöht. Nach Beendigung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes erfolgt eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe und Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG. Da für jede/jeden Beamt:in, unabhängig vom Beschäftigungsvolumen, eine Stelle im Stellenplan vorgehalten werden muss, erfolgte anhand der Personalentwicklungsprognosen in den vergangenen Jahren jeweils eine Anpassung der Stellenplanstruktur.

Eine erneute Anpassung der Prognosen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Personalabgänge in den Jahren 2025 bis 2027 hat ergeben, dass im Stellenplan 2026/2027 50 weitere Stellen der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG geschaffen werden müssen.

### **B Lösung**

Entsprechend dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrages, sind im Stellenplan der Ortpolizeibehörde zusätzlich 50 Stellen für Polizei-/Kriminalkommissar:innen (w/m/d) auszuweisen.

### **C Alternativen**

Keine.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Einrichtung von 50 Planstellen für Polizei-/Kriminalkommissar:innen (w/m/d).

Die Personalkostenerstattung erfolgt zu 100 Prozent durch das Land Bremen.

Genderaspekte sind nicht betroffen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Keine.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrag 2026/2027 zur Einrichtung von 50 Planstellen (Polizei-/Kriminalkommissar:in (w/m/d)), ausgewiesen nach der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG, zu.

Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage: Antrag zum Stellenplan 2026/2027



Amt 11

## Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 90, 93, 94 - Ortspolizeibehörde  
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A 09 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher Polizei-/Kriminalkommissar:in

<input checked="" type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="50"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/> )	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 09 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizei-/Kriminalkommissar:in	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

### Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)  
haushaltsneutral, weil: ☐

### Finanzierung:

Kommunal: ☐ durch Dritte: ☒

### Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen  
Finanzierungsanteil: ☐  
verbleibender kommunaler Anteil: ☐  
Einnahme-Haushaltsstelle: ☐

**Begründung:**

Seit 2017 haben sich die Einstellungszahlen der Polizeikommissaranwärter:innen pro Einstellungsjahrgang auf 35 erhöht. Nach Beendigung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes erfolgt eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe und Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG. Da für jede/jeden Beamt:in, unabhängig vom Beschäftigungsvolumen, eine Stelle im Stellenplan vorgehalten werden muss, erfolgte anhand der Personalentwicklungsprognosen in den vergangenen Jahren jeweils eine Anpassung der Stellenplanstruktur.

Eine erneute Anpassung der Prognosen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Personalabgänge in den Jahren 2025 bis 2027 hat ergeben, dass im Stellenplan 2026/2027 weitere 50 Stellen von der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG geschaffen werden müssen.

Für den Stellenplan 2026/2027 sind die entsprechenden stellenplanmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

**Stellenbeschreibung (soweit erforderlich:** ☐ **siehe Anlage)**

**Pflichtaufgabe:** ☐ Nein ☐ Ja - Rechtsgrundlage: ☐

☐

Dezernent/in

**Fachausschuss:** Beschluss vom ☐ (wird von Amt 11 ausgefüllt)

---

M a g i s t r a t 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

<b>Vorlage Nr. KatS – I 8/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

### A Problem

Der Katastrophenschutz in der Stadt Bremerhaven ist grundsätzlich gewährleistet und hat sich in den zurückliegenden Realereignissen und Übungen als belastbar und funktionsfähig dargestellt.

Naturgemäß sind aber aufgrund neuer Erkenntnisse und neuer Herausforderungen Anpassungsstrategien notwendig, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Für die notwendige Anpassung des Katastrophenschutzes hat die Feuerwehr, die die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahrnimmt, in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 08.09.2021 einen 5-Jahres-Plan zur Optimierung und Anpassung des Bevölkerungsschutzes vorgestellt.

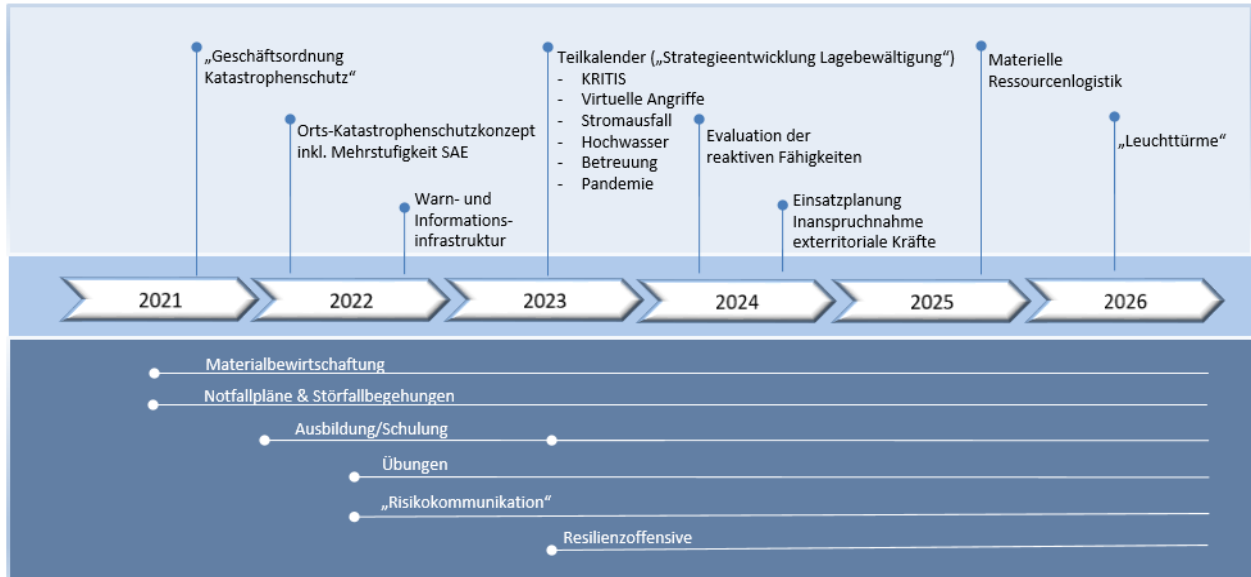


Abb1 – 5-Jahres-Plan Bevölkerungsschutz Bremerhaven

Zum Sachstand wurde um fortlaufende Berichterstattung gebeten.

### B Lösung

Hiermit erfolgt Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der einzelnen Themenschwerpunkte des Katastrophenschutzes der Seestadt Bremerhaven.

#### Katastrophenschutzordnung und Sachstand Orts- und Landeskatastrophenschutzkonzept

Ein erstes Abstimmungsgespräch bzgl. der noch zu klärenden anteiligen Kostenübernahme von Katastrophenschutzausgaben im stadtbremischen Überseehafengebiet fand

am 28.10.2025 statt. Beteiligt waren Vertreter:innen von Senator für Wirtschaft, Häfen und Transformation (SWHT), Senator für Inneres und Sport (SIS) und von der Feuerwehr Bremerhaven. Grundsätzlich besteht Einigkeit, dass eine (Teil-)Refinanzierung durch das Land erfolgen soll. In welchen rechtlichen Rahmenbedingungen dies festgehalten werden soll und in welcher Höhe eine solche Refinanzierung aussähe, konnte noch nicht geeint werden. Hierzu sollen die bisherigen Überlegungen zunächst mit den jeweiligen Hausspitzen besprochen werden. Im Weiteren findet dann ein nächster Termin zur Abstimmung der konkretisierenden Inhalte Ende 2025/Anfang 2026 statt.

#### Warn- und Informationsinfrastruktur

Die Arbeiten an den neuen Sirenenanlagen der zweiten Ausbaustufe befinden sich derzeit in der finalen Umsetzungsphase und soll noch innerhalb des laufenden Haushaltsjahres abgeschlossen und abgerechnet werden. Detaillierte Informationen zum Sirenenausbau werden in der Sitzung AÖS 10/2023-2027 als Vortrag vorgestellt.

Der Austausch der Sirenensteuerzentrale der Stadt Bremerhaven, zur Herstellung der technischen Kompatibilität mit dem Warnsystem der Stadt Bremen, befindet sich in der Vorbereitung. Nach derzeitigem Stand ist mit der Umsetzung und Realisierung der redundanten Auslösung voraussichtlich im Januar 2026 zu rechnen.

#### Strategische Lagebewältigung/Katastrophenschutzbereiche

Die von den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven (EBB) verantwortete Maßnahme zur Beschaffung eines Mobildeichsystems (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 10/2024) ist erfolgreich abgeschlossen. Am 24.09.2025 wurde das System im Rahmen einer Übung erstmals beprobt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Anschaffungskosten für den Mobildeich i. H. v. 90.000 € wurden zu 53 Prozent aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Die Feuerwehr Bremerhaven unterstützte die Realisierung des Projekts.

#### Zivilschutzplanung

Eine offizielle Beauftragung mit konkreten Vorgaben, die Zivile Alarmplanung (ZAPI) voranzubringen, steht weiterhin aus. Eine Einigung zwischen Bund und den Ländern (bzgl. der Zuständigkeiten) konnte bisher ebenfalls nicht erreicht werden.

Um die Stärkung des Risiko- und Krisenmanagements in der Stadt Bremerhaven, auch in Bezug auf den Zivilschutz, auf- und auszubauen, wird derzeit ein durch den Bund gefördertes Projekt initiiert (vgl. Vorlage KatS I 7/2025).

#### Evaluation der reaktiven Gefahrenabwehr

Kein neuer Sachstand.

#### Einsatzplanung Inanspruchnahme exterritoriale Kräfte

Eine Einigung bzgl. der Fahrzeugzuordnung der Teileinheit Dekontamination (TE Dekon), der sich derzeit im Aufbau befindlichen MTF 4 (Medizinische Taskforce), konnte für die Bremerhavener Einheiten herbeigeführt werden. Wie bereits in der Vorlage KatS – I 1/2025 angekündigt, sollen ein Mannschaftstransportwagen DEKON Führung (MTW DEKON Führung) sowie ein Gerätewagen DEKON Erstversorgung (GW DEKON EV) in Bremerhaven stationiert werden. Die Stationierung der Fahrzeuge und die Aufgabewahrnehmung soll dabei entgegen der bisherigen Planung ausschließlich bei der Johanner Unfallhilfe (JUH) sein. Mit dieser Entscheidung wird der Empfehlung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) nachgekommen. Da diese beiden Fahrzeuge zusammen als kleinste Dekon-Einheit auch autark einsetzbar sind, sollen diese Fahrzeuge und anhängigen Aufgaben an einem Standort betrieben werden. Der schriftliche Vermerk von Senator für Inneres und Sport (SIS) zu dieser Entscheidung ist noch ausstehend.

#### Materielle Ressourcenlogistik

Kein neuer Sachstand.

#### Katastrophenschutz-Leuchttürme

Keine Änderung zur Vorlage Nr. KatS – I 1/2025.

#### Notfallpläne und Störfallinspektionen/Störfallbetriebe

Am 18.08.2025 wurde eine Störfallinspektion bei der Firma Wescom unter Beteiligung der Feuerwehr Bremerhaven durchgeführt.

Innerhalb des Berichtszeitraums finden zwei weitere Störfallinspektionen statt:

- Containerterminals MSC, Eurogate und NTB am 06.11.2025
- Firma Redux am 26.11.2025

#### Ausbildung, Schulung, Übung

Die für Ende des Jahres 2025 geplante vierte Grundlagenschulung „Kommunales Krisenmanagement und Stabsarbeit zur Bewältigung von Schadenslagen“ (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 2/2025) wurde aufgrund unzureichender Teilnehmendenzahlen abgesagt. Als Hauptursachen sind die derzeit angespannte Haushaltslage sowie die erwartete erhöhte Arbeitsbelastung in diesem Zeitraum zu nennen, die im Zusammenhang mit einem voraussichtlich lediglich kurzzeitig geöffneten Haushalt stehen.

Stattdessen wird die Feuerwehrakademie am **19. und 20. November 2025** eine weiterführende Fortbildung für die Teilnehmenden der vergangenen Jahre (in der Regel Amts- bzw. Abteilungsleitungen) anbieten, um bereits erlangtes Wissen aufzufrischen. An dieser Veranstaltung werden sowohl Führungskräfte der relevanten Ämter und Betriebe des Magistrats als auch die Führungsdienste der Feuerwehr Bremerhaven teilnehmen.

#### Risikokommunikation und Resilienzoffensive

Die Informations- und Beratungsangebote durch Hochwasser-Infomobils des HochwasserKompetenzCentrums (HKC) auf der SAIL Bremerhaven als auch am Energie- und Klimastadttag (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 6/2025) wurden von den Besucherinnen und Besuchern der beiden Veranstaltungen wieder sehr gut angenommen. Das zeigt, dass die Thematik und Informationen dazu nach wie vor gefragt sind. Eine Fortführung dieses Angebotes wird auch in den Folgejahren angestrebt.

Die Resilienzarbeit zum Thema Warnung der Bevölkerung im Rahmen der Veranstaltung „Im besten Alter“ wurde ebenfalls wieder gut angenommen. Diese Plattform bietet eine gute Möglichkeit, um Themen mit Bezug zum Katastrophenschutz an die ältere Generation zu kommunizieren.

#### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

#### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. Anhaltspunkte für Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von Kindern- und Jugendlichen, von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

#### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

#### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

**G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Grantz  
Oberbürgermeister

<b>Vorlage Nr. XI 14/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen**

### **A Problem**

Mit der Vorlage XI 8/2025 erfolgte im Juni der letzte schriftliche Sachstandsbericht zur Bauleitplanung und der Hochbauplanung für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache im Stadtbremischen Überseehafengebiet.

### **B Lösung**

#### Bauleitplanung:

Das Stadtplanungsbüro Claussen-Seggelke hat für das Bauleitplanverfahren die notwendigen Unterlagen erarbeitet. Der geänderte Flächennutzungs- und Grünordnungsplan sowie der aufzustellende Bebauungsplan sind beim zuständigen Referat beim Senator für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) zur Stellungnahme eingereicht worden.

Die Voraussetzungen für den Satzungs- und Feststellungsbeschluss sollen in der Deputations-sitzung SBMS am 15.01.2026 geschaffen werden. Eine Vorweggenehmigungsreife bzw. ein festgesetzter Bebauungsplan soll bis Ende April 2026 erwirkt werden.

#### Hochbau:

Das Architekturbüro Buddenberg und Tauchmann führt aktuell die technischen und nutzerspezifischen Anforderungen für die anstehende Genehmigungsplanung zusammen. Die Planungen zur technischen Gebäudeausrüstung werden vom Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien federführend durchgeführt. Für das Tragwerk und den Brandschutz sowie für die Außenanlagen liegen erste Entwürfe der Fachplaner vor, die derzeit in die vorliegenden Entwurfsplanung eingearbeitet werden.

Das Rechtsamt und Seestadt Immobilien haben den Entwurf eines Erbbauvertrages geprüft. Die hieraus entstandenen Anmerkungen werden derzeit als Anpassungsvorschläge ausformuliert und anschließend als überarbeiteter Entwurf an bremenports übermittelt.

### **C Alternativen**

Keine

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Der Beschlussvorschlag hat zunächst keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die aktuelle Kostenschätzung für das Bauvorhaben beläuft sich auf 14,4 Mio. Euro brutto. Die anteiligen Baukosten für die Stadtgemeinde Bremerhaven sind durch eine Verpflichtungsermächtigung mit 9 Mio. Euro finanziert.

Da die geplante Feuer- und Rettungswache insbesondere zur Verbesserung des Brandschutz-

zes im stadtbremischen Überseehafengebiet beiträgt, wurde in einem Letter of Intent im Jahr 2022 die Aufteilung der Finanzierung zwischen der Senatorin für Wissenschaft und Häfen und der Stadt Bremerhaven ermittelt. Auf Grundlage der vorgehaltenen Funktionen ergibt sich ein Finanzierungsanteil der Stadtgemeinde Bremen von 37,5%. Seitens SWHT wurde das Projekt in die Finanzplanung aufgenommen; eine entsprechende Beschlussvorlage wird gemäß aktueller Planung den zuständigen Gremien vorgelegt, sobald die Baugenehmigung erteilt und der Erbbauvertrag rechtskräftig abgeschlossen sind.

Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit ist aufgrund der mit der Maßnahme verbundenen Verbesserung der Hilfsfristen insbesondere für die nördlichen Stadtteile festzustellen.

#### **E Beteiligung/Abstimmung**

Seestadt Immobilien

#### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat



<b>Vorlage Nr. XI 15/2025</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)**

### **A Problem**

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 11/2025) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

### **B Lösung**

#### **Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“**

Die aus dem Gutachten resultierenden und im Stellenplan hinterlegten Personalbedarfe für die Integrierte Regionalleitstelle können weiterhin nicht gedeckt werden. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden zwei Einstellungsverfahren durchgeführt, um Beschäftigte für die Notfalldisposition und für die Krankentransportkoordination zu akquirieren.

Nicht besetzte Stellen werden weiterhin durch Vertretungen aus dem Brandschutzdienst und durch angeordnete Mehrarbeit vom vorhandenen Leitstellenpersonal kompensiert. Ist wird davon ausgegangen, dass diese Maßnahme noch mindestens für das erste Halbjahr 2026 fortgeführt werden muss.

#### **Sachstand „Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt“**

Am 20.10.2025 teilte das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung der Feuerwehr mit, dass die IRLS zunächst nicht als niedersächsischer Telenotarztstandort (TNA-Standort) berücksichtigt wird. Zur Abklärung einer Anbindung über die Stadt Bremen (Feuer- und Rettungsleitstelle der Feuerwehr Bremen) steht die Feuerwehr und Senator für Inneres und Sport (Ref. 34) weiterhin in Kontakt.

#### **Sachstand „Projekt A-KTW“**

Kein neuer Sachstand zur Vorlage XI 11/2025.

#### **Sachstand „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“**

Das neue Kommunikations-Management-System (KMS) wurden in der KW 41 im laufenden Betrieb der IRLS in Betrieb genommen (hier die ersten acht Arbeitsplätze). Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage finden umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Hauptraum der IRLS statt. Die Notfalldisposition sowie die Krankentransportkoordination erfolgt während der Baumaßnahmen in anderen Räumlichkeiten der IRLS und der Feuerwehr. Es ist geplant, dass die Baumaßnahmen in der KW 45 abgeschlossen werden und ein Umzug zurück in den Hauptraum in der KW 46 erfolgt. Die Projektumsetzung erfolgt zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage weiterhin planmäßig.

Im Rahmen der Erneuerung des KMS wurden verschiedene notwendige IT-sicherheitsrelevante Maßnahmen umgesetzt. Weitere Maßnahmen im Sinne IT-Sicherheit werden in den folgenden Monaten und Jahren umgesetzt, um die Resilienzfähigkeit der IRLS als Kritische Infrastruktur (KRITIS) weiter zu härten.

#### **Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“**

Zum Zeitpunkt der Erstellung der ist die Frist des Teilnahmewettbewerbs abgelaufen. Es liegen Bewerbungen von zwei Unternehmen vor. Eines der beiden Unternehmen hat darüber hinaus über eine anwaltschaftliche Vertretung eine Rüge ausgesprochen. Die Rüge zielt unter anderem auf eine nicht produktneutrale Ausschreibung bzw. fehlende Sachgründe für geforderte Funktionen ab. Aktuell wird dieser Vorwurf mit Unterstützung der in dem Vergabeverfahren involvierten Kanzlei CASTRINGIUS und dem beauftragten Fachplaner der Fa. AntwortING bearbeitet. Ziel ist es, die Rüge zu widerlegen, um ein angedrohtes Verfahren vor der Vergabekammer abzuweisen und einen möglichen Zeitverzug der Vergabe zu verhindern.

#### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann.

#### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Die finanziellen Auswirkungen der gutachterlichen Personalbemessung, der Beschaffung des KMS und der Einführung des A-KTW sind im laufenden Haushalt und im Wirtschaftsplan des Wirtschaftsbetriebes hinterlegt.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen. Konkrete Aussagen können noch nicht getroffen werden. Die Kosten werden über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besondere Belange von Kindern- und Jugendlichen, von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

#### **E Beteiligung/Abstimmung**

Keine.

#### **F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

#### **G Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa  
Stadtrat